

An die VertreterInnen der Presse

08.07.06

DGB fordert: Nazi-Aufmärsche verbieten!

ODENWALDKREIS. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die DGB-Region Starkenburg, der DGB-Kreisverband Odenwald und die DGB-Ortsverbände im Odenwaldkreis von Landrat Horst Schnur (SPD) und den betroffenen Bürgermeistern ein Verbot der am 22. Juli 2006 geplanten Nazi-Aufmärsche. Der Landrat und die Bürgermeister werden aufgefordert, gegen die Aufmärsche der Nazis alle juristischen Mittel auszuschöpfen.

„Das Grundrecht der Meinungsfreiheit wird von rechtsextremen Gruppen regelmäßig missbraucht zur Verbreitung ihrer verbrecherischen, menschenverachtenden, rassistischen und antisemitischen Propaganda. Dem muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden“, betont DGB-Organisationssekretär Horst Raupp (Darmstadt). „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Deshalb fordern wir ein Verbot der Nazi-Aufmärsche“.

Eine besondere Provokation sieht der DGB in der geplanten NPD-Kundgebung auf dem Montmelianer Platz in Höchst. Der DGB erinnert daran, dass auf diesem Platz die frühere Synagoge stand, die 1938 von den Nazis überfallen und zerstört wurde. Der DGB erinnert außerdem an die zahlreichen Opfer, die die faschistische Gewaltherrschaft auch im Odenwaldkreis forderte: an den Höchster SPD-Vorsitzenden und Gewerkschafter Wilhelm Fröhlich, der 1933 von den Nazis erschossen wurde, an die von den Nazis in die Konzentrationslager verschleppten Gegner des Nazi-Regimes, die ermordeten Widerstandskämpfer, die Deportation und Vernichtung der jüdischen Gemeinden, die Ermordung von Kriegsgefangenen und die fabrikmäßig organisierte Vernichtung von Millionen europäischer Juden in den Vernichtungslagern der Nazis.

„Eine Kundgebung der neofaschistischen NPD auf diesem Platz ist eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus“, stellt der Gewerkschaftssekretär fest. „Es kann nicht hingenommen werden, dass Neonazis auf dem Gelände am Gedenkstein zur Erinnerung an die Höchster Synagoge und die Opfer des faschistischen Diktatur eine Kundgebung durchführen“. Der DGB fordert deshalb von Landrat Horst Schnur und Bürgermeister Reiner Guth (KAH) ein Verbot der Kundgebung. „Mit Hinweis auf § 15 des Versammlungsgesetzes in Verbindung mit § 130 Abs. 4 des Strafgesetzbuches können Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen verboten werden, wenn zu erwarten ist, dass Würde der Opfer des Faschismus verletzt wird oder die Verbrechen des Faschismus gebilligt, verherrlicht oder rechtfertigt werden. Und genau das ist hier zu erwarten“, begründet der DGB seine Forderung. Auch der geplante Nazi-Aufmarsch von Erbach nach Michelstadt sowie die Nazi-Kundgebung in Reichelsheim sollen verboten werden, fordert der DGB. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur! Wehret den Anfängen!“.